

„Wir müssen das Schweigen brechen“

Michèle Sibony ist Jüdin. Sie lebt in Frankreich und war als Delegierte der Organisation Europäische Juden für einen gerechten Frieden in Nahost (EJJP) bei der Antikriegskonferenz. Sie erklärte David Peanson, warum sie zur Konferenz nach Beirut gekommen ist

„Der Krieg Israels gegen den Libanon war ein Angriff auf die Freiheit. Wir müssen die Unterdrückten in Palästina und im Libanon unterstützen und das Schweigen brechen, das Gaza umgibt.

Wir brauchen internationalen Widerstand. Die Hisbollah, die Kommunistische Partei Libanon (KPL) und die libanesischen Bevölkerung haben mit ihrem Widerstand und der Konferenz neue Perspektiven eröffnet.“



Die libanesischen Regierung hilft nur den Unternehmern

Ola Ataya ist Psychologin. Seit dem Waffenstillstand arbeitet sie in einem psycho-sozialen Projekt der libanesischen Hilfsorganisation Samidoun in Südbeirut. Regina Sternal sprach mit ihr über die Situation der Familien, die sie dort unterstützt



„Die Zerstörungen in Südbeirut sind verheerend. Das Leben der Familien ist katastrophal.

Sie brauchen dringend Unterstützung. Sie haben ihre Wohnungen, ihre Arbeit und die Menschen verloren, die sie lieben.

Die israelische Armee hat 8000 Geschäfte, über 20 Schulen und ein medizinisches Zentrum zerstört. 1200 Menschen wurden ermordet und 1500 verletzt. Über 20.000 Menschen sind obdachlos.

In unserem Projekt unterstützen wir speziell die „Kriegskinder“. Durch die traumatischen Kriegserlebnisse können sie nicht mehr schlafen, haben Alpträume, Essstörungen und können sich in der Schule nicht konzentrieren.

Wir beraten auch Eltern, wie sie mit ihren traumatisierten Kindern und der Armut umgehen können. Täglich sind wir mit 55 Mitarbeitern an fünf verschiedenen Schulen.

Dort arbeiten wir auch mit den Lehrern. In vielen Schulen herrscht Notstand und die Klassen sind überfüllt.

Es ist eine Schande, dass die Regierung keine Hilfe

leistet. 99 Prozent der ausländischen Hilfsgelder versickern in korrupten Regierungskanälen. Das einzige, was die Regierung nach dem Waffenstillstand unternommen hat, ist, die Steuer für die Unternehmer auszusetzen.“

Die Hisbollah sollte die Regierung stürzen

Ghassan Makarem ist Sozialist und aktiv in der schwul-lesbischen Menschenrechtsorganisation Helem, die sich der Hilfsorganisation Samidoun angeschlossen hat. Irmgard Wurdack sprach mit ihm über die Entstehung und die Aktivitäten von Samidoun



Wer ist bei Samidoun aktiv und warum habt ihr die Organisation gegründet?

Wir sind ein Netzwerk aus mehreren Initiativen: Menschenrechts-, Frauen-, Umwelt- und Studierendenorganisationen, dem Schwul-Lesbischen Zentrum Helem, palästinensischen Jugendgruppen, einigen Linken und vielen jungen Aktivisten aus der Antiglobalisierungsbewegung. Einige von uns arbeiten schon seit mehreren Jahren zusammen, etwa in Kampagnen für die Rechte der palästinensischen Flüchtlinge in Libanon.

Wir sind Teil der weltweiten Bewegung gegen Globalisierung, Krieg und Rassismus, auch wenn es sich hier nur sehr wenige leisten können, zu den internationalen Sozialforen zu fahren. Einige kennen sich aus ihrer Zusammenarbeit in verschiedenen Nichtregierungsorganisationen.

Samidoun haben wir im Juli gegründet, als Israel den Krieg gegen die Palästinenser und Libanesen begann. Als die israelische Armee zunächst in den

Gaza-Streifen einmarschierte, hatten einige Aktivisten in Beirut ein offenes Sit-in ab 12. Juli in Solidarität mit den Palästinensern geplant. Doch als die Aktion begann, bombardierte Israel auch Libanon. Weder die UNO noch die libanesische Regierung haben etwas dagegen getan. Erst als 700.000 Menschen fliehen mussten, sprach die Regierung überhaupt von Krieg.

Die Reichen haben Stacheldraht um ihre Häuser gezogen, damit die Flüchtlinge nicht reinkommen. Und die Regierung hat es der Hisbollah überlassen, die Menschen gegen die israelische Armee zu verteidigen. Ministerpräsident Siniora hat keinen Finger für die Flüchtlinge gerührt, die täglich aus dem Süden nach Beirut kamen.

Deshalb haben wir, ein paar Dutzend Leute, das Sit-in am zweiten Tag abgebrochen, um selbst etwas zu unternehmen. So ist Samidoun entstanden, als Widerstandsbewegung und Netzwerk. Während des israelischen Krieges waren etwa 600 Leute bei Samidoun. Heute haben wir einen Kern von 200 Aktiven.

Wie konntet ihr den Opfern des Krieges helfen?

Wir haben befreundete Nichtregierungsorganisationen, Parteien und Initiativen angerufen, um gemeinsam zu planen, wie wir den Widerstand unterstützen und den ausgebombten Flüchtlingen helfen können. Wir haben in fast allen Stadtteilen Beiruts Widerstandskomitees gegründet und die Regierung aufgefordert, uns öffentliche Gebäude zur Verfügung zu stellen, damit wir die Flüchtlinge unterbringen und versorgen konnten. Als die Regierung sich weigerte, haben wir sie mit Demonstrationen und Besetzungen dazu gezwungen. Im Sanayeh-Park hatten wir unser Hauptquartier, von wo aus wir 10.000 Menschen in 31 Schulen unterbringen und versorgen konnten.

Dazu haben wir Babynahrung, Lebensmittel, Medikamente, Matratzen, Decken, Kleidung, Geld und so weiter gesammelt. Nur in einigen Schulen gab es Küchen. Deshalb haben wir den Besitzer eines Restaurants, das wegen des Krieges geschlossen war, überzeugt, uns seine Küche zu überlassen. Dort haben wir jeden Tag 8000 warme Mahlzeiten für die Flüchtlinge und den Widerstand gekocht und zu den Schulen gebracht.

Über's Fernsehen haben wir Köche aufgerufen, zu helfen. Es war fantastisch, wie viele sich gemeldet haben, um für die Flüchtlinge zu kochen.

In Tyros in Südlibanon war unsere Basis für die Versorgung von 90 Dörfern. Wir haben dorthin vor allem Heizungen, Heizöl, Zisternen, Generatoren, Pumpen und so weiter für 100.000 Menschen, die nicht weg konnten, gebracht.

Ist eure Hilfe wirklich bei den Menschen angekommen, die sie brauchten?

Wir haben das Essen und die anderen Sachen nicht einfach irgendwo hingestellt, wie es die UNO immer macht. Stattdessen haben wir den Leuten geholfen, sich demokratisch zu organisieren: In jeder Schule wählten die Flüchtlinge einen Sprecherrat, dem sie vertrauten und der die Hilfsgüter verteilte.

Außerdem haben wir es geschafft, dass sich jeden Tag Ärzte um die Kranken kümmerten. In den meisten Schulen konnten wir regelmäßige Betreuung für Kinder und Jugendliche anbieten. Studierende der Theaterwissenschaften und Psychologen arbeiten bis heute mit den Kindern, die durch die Bombenangriffe besonders traumatisiert sind.

Um das Schweigen der so genannten „internationalen Öffentlichkeit“ zu durchbrechen, hat eine Öffentlichkeitsgruppe Videos gedreht und eine englisch- und arabischsprachige Internetseite eingerichtet. Dort zeigen wir Berichte über den Widerstand, die Erlebnisse der Flüchtlinge und über unsere Arbeit, sowie Landkarten, auf denen man die Zerstörungen durch die israelische Armee sehen kann. Nach dem Waffenstillstand im August haben wir unsere Aktivitäten auf Südbeirut und den Süden des Landes ausgeweitet. Dort sind ganze Wohnblocks und Dörfer bis heute ein einziger Schutthaufen.

Da die Regierung sich nicht einmal um den Wiederaufbau kümmert, stehen die meisten der schon vorher armen Menschen jetzt vor dem Nichts. Stattdessen macht sie alles noch schlimmer, indem sie von den Not leidenden Menschen auch noch Steuern für die erhaltene Hilfe verlangt. In vielen Gegenden ist die Hisbollah die einzige größere Organisation, die den Leuten hilft.

Ist eure Arbeit auch politisch nützlich?

Viele der vor allem jungen Leute bei Samidoun stammen aus wohlhabenderen Mittelschichtsfamilien. Durch die Arbeit bei Samidoun sind etliche das erste Mal hautnah mit der Armut konfrontiert, mit der die Menschen im Süden des Landes und in Südbeirut zu kämpfen haben.

Gleichzeitig lernen auch die Menschen in den traditionell konservativen Vorstädten und Dörfern das erste Mal andere Ideen kennen. Sie werden mit Leuten gemeinsam aktiv, denen sie vorher zu Unrecht misstrauten.

Unsere Programme für die Kinder sind oft Anlass für ihre Mütter und Großmütter, sich ebenfalls mit den Studierenden zu treffen und über Themen zu sprechen, die sie vorher nie interessiert haben.

Spannend ist es auch, wenn Gruppen aus anderen Ländern Solidaritätsdelegationen schicken. So waren mehrmals Anarchisten aus Frankreich, Kriegsgegner aus Griechenland oder Sozialisten aus Großbritannien hier, um uns zu unterstützen. Dadurch konnten auf beiden Seiten zahlreiche Vorurteile abgebaut werden.

Samidoun ist eine nichtreligiöse Organisation und leistet zivilen Widerstand. Die Hisbollah beruft sich auf den Islam und leistet vor allem militärischen Widerstand, engagiert sich aber auch als soziale Hilfsorganisation. Wie passt das zusammen und wie kommt ihr miteinander klar?

Wir arbeiten in vielen Projekten eng mit Aktivisten der Hisbollah zusammen und tauschen Informationen aus. Für uns ist das kein Problem. Die Hisbollah und auch die mit ihr verbündete christliche „Freie Patriotische Bewegung“ mit dem Vorsitzenden Michel Aoun haben ihre Basis in der städtischen Arbeiterklasse, unter den Studierenden und in den Gewerkschaften.

Es ist auch längst kein Problem mehr, dass wir die Hisbollah zur Koordinierung unserer Arbeit in die Räume von Helem einladen, der schwul-lesbischen Organisation, in der ich mitarbeite. Die überwiegend schiitischen Mitglieder der Hisbollah haben erkannt, dass Solidarität für den Widerstand international,

aber auch in Libanon von christlichen Parteien, sunnitischen Organisationen und Kirchen entstanden ist. Auch arme Christen haben ihre Häuser für muslimische Flüchtlinge geöffnet. Alte Spaltungen wurden überwunden.

Die rechten Parteien der so genannten „Zukunftsbewegung“ um die milliarden schwere Familie Hariri wurden zurückgedrängt. Zu ihrem Wahlbündnis gehörte 2005 auch die faschistische Phalange-Partei.

Die europäischen Medien nennen diese Parteien anti-syrisch. In Wirklichkeit sind sie pro-israelisch, pro-US-amerikanisch und neoliberal.

Wir unterstützen sowohl den zivilen wie den militärischen Widerstand gegen die israelische Armee. Gerade weil wir den bewaffneten Widerstand der Hisbollah bedingungslos unterstützt haben, können wir auch über die Gefahren einer einseitig militärischen Strategie diskutieren und uns gegenseitig kritisieren.

Wir können nicht nur zivilen Widerstand leisten, wenn Israel uns bombardiert und mit Panzern beschießt. Militärischer Widerstand allein reicht jedoch auch nicht. Er wird gegen die israelische Armee langfristig keine Chance haben.

Die Hisbollah hätte den Angriff niemals zurückschlagen können, wenn nicht die übergroße Mehrheit der Libanesen sie unterstützt und die Kämpfer und Flüchtlinge versorgt hätte.

Daran müssen wir anknüpfen. Zum einen hier in Libanon: Viele, vor allem junge Leute, die 2005 bei der so genannten „Zedernrevolution“ auf der Straße waren, weil sie auf einen demokratischen Wandel gehofft hatten, sind von den herrschenden Parteien enttäuscht.

Die meisten, auch die Älteren, haben die Regierung, ihre Lügen und das ganze System satt. Viele hatten auf die nichtreligiösen Linken, wie die „Sozialistische Fortschrittspartei“ gehofft. Doch sie sind immer wieder eingeknickt und haben spätestens seit dem Bürgerkrieg in den 80er Jahren mit den Rechten kollaboriert.

Deshalb war es höchste Zeit, dass die Hisbollah im November aus der gemeinsamen Regierung mit den rechten Parteien ausgetreten ist. Dadurch muss sie die sozialen Kürzungen nicht mehr unterstützen und damit keine Politik mehr gegen ihre eigenen Mitglieder, Wähler und Sympathisanten machen.

Mit den Ministerposten konnte die Hisbollah die Politik nicht verändern. Die riesigen Demonstrationen gegen die Regierung im Dezember waren ein wichtiger Schritt, um die außerparlamentarische Bewegung aufzubauen. Die Hisbollah ist stark genug, um die Regierung mit einem Generalstreik endgültig zu stürzen.

Was plant ihr weiter?

Zum einen geht die humanitäre Arbeit weiter. In den zerstörten Vierteln in Südbeirut etwa organisieren wir, dass die Leute Kohlen, warme Decken und Kleidung bekommen. Wir sind außerdem dabei, Komitees von Jugendlichen auf die Beine zu stellen, die alleinstehenden Senioren helfen können.

Im Südlibanon helfen Arbeiter und Architekten beim Wiederaufbau und lernen dabei gleichzeitig traditionellen Häuserbau. Andere unterstützen den Wiederaufbau traditioneller Industrien wie die Seifenproduktion aus Olivenöl und anderen natürlichen Zutaten.

In dem Dorf Al-Tashab an der Grenze zu Israel haben wir außerdem ein Projekt gestartet, bei dem wir gemeinsam mit den Bewohnern aus mündlichen Überlieferungen eine Geschichte des Dorfes, der Menschen und ihres Widerstands gegen die israelische Armee schreiben.

Darüber hinaus bauen wir politische Kampagnen auf. So haben wir uns der weltweiten Kampagne von „Handicap International“ zur Ächtung von Streubomben angeschlossen, wie sie die israelische Armee in ihrem Krieg gegen die Libanesen eingesetzt hat.

Infos im Internet:

Samidoun: www.samidoun.org

Helem: www.helem.org

Handicap International: www.handicap-international.de

Wir kämpfen für die Befreiung der Frauen

Dr. Zeinab al-Saffar ist Professorin für Englisch an der Libanesischen Universität in Beirut. Sie arbeitet außerdem als Journalistin für das englischsprachige Nachrichtenprogramm des Fernsehsenders al-Manar der Hisbollah im Libanon. Irmgard Wurdack sprach mit ihr über die Situation der Frauen in der Hisbollah und in der libanesischen Gesellschaft



Warum sind Sie Mitglied der Hisbollah?

Ich bin sehr stolz, der Hisbollah anzugehören. Sie ist einerseits die Widerstandsbewegung, die Libanon und seine Bevölkerung gegen Israels Krieg beschützt und verteidigt hat.

Die Hisbollah ist aber auch eine politische Partei. Wir haben 2005 bei den Wahlen 14 Sitze im Parlament gewonnen. Darüber hinaus hat die Hisbollah soziale Organisationen, die Alphabetisierungsprogramme anbieten und den Bedürftigen, Benachteiligten und Unterdrückten helfen.

Wir sind in der gesamten libanesischen Bevölkerung verankert. Die Hisbollah hat in ganz Libanon eine sehr stabile Basis von über

einer Million Unterstützern. Wir haben Mitglieder und Unterstützer im ganzen Land und in allen Klassen: Unter den Armen und Benachteiligten, in den Mittelschichten, selbst unter den Wohlhabenden und Gebildeten. Ärzte, Rechtsanwälte und Professoren wie ich unterstützen die Hisbollah, um anderen zu helfen.

Wie sieht diese Hilfe aus?

Die israelische Armee hat allein in meinem Stadtteil im Süden Beiruts über 6000 Menschen ausgebombt. Ich bin eine von ihnen.

Wenn die Hisbollah mir nicht Geld gegeben hätte, damit ich eine Wohnung mieten und einrichten konnte, wäre ich heute obdachlos. Die Regierung hat nichts getan, bis heute. Ihr ist egal, was mit uns passiert. Dabei sind im Winter noch viele der Ausgebombten ohne ein Dach über dem Kopf. Es wären noch mehr, wenn die Hisbollah sich nicht für sie einsetzen würde.

Die Regierung kümmert sich nicht einmal um den Wiederaufbau der zerstörten Häuser. Wenn sie bis Januar nichts unternimmt, so hat Hassan Nasrallah, Generalsekretär der Hisbollah, angekündigt, wird sie den Wiederaufbau vollständig übernehmen.

In Libanon müssen so viele Menschen in Armut leben, weil die Regierung nichts für sie tut. Die Reichen helfen den Armen auch nicht.

Sie sind führendes Mitglied der Hisbollah. Ist ihre Partei nicht gegen die Gleichberechtigung von Frauen?

Ich arbeite als Journalistin bei al-Manar, dem Fernsehsender der Hisbollah. Ich habe dort dieselben Rechte wie meine männlichen Kollegen. Während des Krieges war ich bis zur Zerstörung des Senders im Gebäude. Mein englischsprachiges Nachrichtenprogramm war als erstes überhaupt auf Sendung. Wir können alles machen, was die Männer machen.

Schauen Sie nicht auf mich als Frau. Betrachten Sie mich als Mensch und hören Sie sich an, was ich zu sagen habe. Diese Einstellung versuchen wir auch dadurch zu vermitteln, dass Frauen in der Hisbollah eine führende Rolle übernehmen. Außer mir arbeiten weitere Frauen unter anderem in den verschiedenen Redaktionen der Hisbollah, sowie in Gremien, die die Partei im Ausland repräsentieren. Auch im Vorstand der Hisbollah arbeitet eine Frau, die die Partei nach außen vertritt.

Die Arbeit von Frauen ist in keiner Weise beschränkt und schon gar nicht sind wir unterdrückt. Wir beten und befolgen die religiösen Gebote. Wir tragen das Kopftuch, weil das Teil unseres Glaubens ist. Wir tun alles, wovon wir überzeugt sind, dass es gerecht ist. Wir warten nicht darauf, dass uns jemand unsere Rechte schenkt. Wir nehmen sie uns selbst. Die Hisbollah unterdrückt Frauen nicht, sondern fördert sie in- und außerhalb der Organisation. Denn Frauen sind keine Randerscheinung, sondern der größte Teil unserer Gesellschaft.

Die Hisbollah fördert Frauen?

Wir haben in der Hisbollah eigens einen Frauenverband gegründet, der sich für die politische Bildung und die sozialen Bedürfnisse von Frauen in der Gesellschaft einsetzt, wie Bildung und Ausbildung, Kinderbetreuung, Ackerbau und so weiter. Besonders wichtig ist der Kampf gegen Analphabetismus. Noch vor einigen Jahren konnte ein großer Teil der Libanesen, besonders der Armen, nicht lesen und schreiben, die meisten von ihnen Frauen.

Das hat traditionelle Gründe. Vor allem auf dem Land glauben viele Familien, es sei überflüssig, ihre Töchter zur Schule zu schicken.

Die Regierung tut nichts dagegen. Deshalb ist die Hisbollah in die Dörfer gegangen, um das traditionelle Frauenbild zu verändern und die Frauen und Mädchen zu unterrichten, damit sie auf eigenen Beinen stehen können. Wir waren so erfolgreich, dass heute die meisten Frauen lesen und schreiben können.

In Deutschland haben sich an den Demonstrationen gegen Israels Krieg in Libanon nur wenige Deutsche beteiligt. Ein Grund ist, dass viele deutsche Kriegsgegner nicht mit Unterstützern der Hisbollah demonstrieren wollten, die viele für „islamistisch“ oder „extremistisch“ halten...

Es gibt extremistische Muslime. Ebenso wie es extremistische Christen gibt, zum Beispiel die Neokonservativen in der US-Regierung. Oder die extremistischen Juden in der israelischen Regierung, die die Palästinenser verhungern und verdursten lassen. Hisbollah ist gegen all diese Extreme. Das Problem mit Extremisten ist, dass sie ihren Hass an anderen auslassen.

Für uns sind alle Menschen gleich, egal ob sie Muslim, Christ oder was auch immer sind. Ich darf ihnen meine Ansichten nicht aufzwingen. Es gibt keinen „Kampf der Kulturen“. Die Menschheit ist eins.

Es gibt aber einen Kampf zwischen oben und unten, zwischen Unterdrückern und Unterdrückten. Wir wehren uns gegen Unterdrückung und dagegen, dass andere uns ihren Willen aufdrücken. Deshalb behauptet US-Präsident Bush, wir wären Terroristen.

Wenn alle Menschen gleich sind, warum sind Sie in der schiitischen Hisbollah?

Schauen Sie sich um (Dr. al-Saffar zeigt auf die Delegierten im Vorraum der Konferenz). Nur 5 bis 10 Prozent der Teilnehmer dieser Konferenz, die wir zur Ausweitung der Solidarität mit dem Widerstand mitorganisiert haben, sind Schiiten.

Die über eine Million Unterstützer der Hisbollah in Libanon sind nicht nur schiitische Muslime. Sie gehören allen Religionen und Volksgruppen an: Christen, sunnitische Muslime, Drusen, und so weiter.

Es ist falsch, entlang der religiösen Linien zu denken. Wir sollten uns nicht daran beteiligen, die Menschheit in Religionen und Volksgruppen zu unterteilen.

Wir sind alle eins. So viele unterschiedliche Leute haben den Widerstand unterstützt: Junge und Alte, Gläubige aller möglichen Religionen, Atheisten, Kommunisten sind mit selbst gemalten Transparenten, Hisbollah-Fahnen und Nasrallah-Postern zu den Großdemonstrationen gegen Israels Krieg gekommen, um den Kämpfern den Rücken zu stärken. Unter ihnen im Übrigen viele Frauen – mit und ohne Kopftuch. Andere haben Artikel geschrieben oder Flüchtlinge aus dem Süden beherbergt.

Nach 50 Jahren immer noch auf der Flucht

10.000 Menschen leben heute im palästinensischen Flüchtlingslager „Sabra und Schatila“ in West-Beirut. Regina Sternal sprach im Lager mit zwei Sozialarbeitern



Die Sozialarbeiter Ashwak al-Shaabi (Foto links) und Hisham Ghuzan (Foto rechts) leben beide im palästinensischen Flüchtlingslager „Sabra und Schatila“

Hisham, wie ist das Flüchtlingslager „Sabra und Schatila“ entstanden?

Nach dem UNO-Teilungsplan von Palästina im Jahr 1947 wurden allein 1948/49 etwa 500.000 arabische Palästinenser vertrieben. Seit über fünfzig Jahren leben viele Palästinenser in Flüchtlingslagern innerhalb und außerhalb des gegenwärtigen Staatsgebiets Israel, so auch hier in „Sabra & Shatila“. Unser Flüchtlingslager wurde 1952 gegründet. Ein Teil des Grundstücks, auf dem sich unser Flüchtlingslager befindet, hat die PLO für 99 Jahre von einem reichen libanesischen Geschäftsmann gepachtet. Den anderen Teil hat die PLO gekauft.

Wie leben die palästinensischen Flüchtlinge hier im Camp?

In „Sabra und Schatila“ leben derzeit 10 000 Menschen ohne Trinkwasser und ohne medizinische Versorgung. Im ganzen Camp gibt es kein einziges Krankenhaus. Bis heute haben nicht alle Familien Zugang zu Elektrizität. Und der Strom, den wir von der libanesischen Regierung erhalten, ist nicht durchgehend. Stromausfall gehört hier zum Alltag. Die Wohnverhältnisse sind sehr beengt: 6 bis 9 Familienmitglieder teilen sich zwei Räume.

Die Lebenssituation der palästinensischen Bevölkerung ist hier im Libanon insgesamt katastrophal. Wir haben keine Bürgerrechte und sind nicht einmal berechtigt, Eigentum zu besitzen, ein Haus oder ein Auto zu kaufen. Von 72 Berufen sind wir ausgeschlossen. So dürfen wir z.B. nicht im Krankenhaus, in der Bank oder als Lehrer in Schulen arbeiten. Die libanesischen Regierung verbietet uns auch, uns gewerkschaftlich zu organisieren. An den Universitäten sind die Studienplätze für palästinensische Flüchtlinge begrenzt. Und wir müssen 5 Mal so viele Studiengebühren bezahlen wie libanesischen Studenten. Wenn wir krank sind müssen wir in den libanesischen Krankenhäusern für die medizinische Behandlung bezahlen. In dem UN-geführten Krankenhaus in Beirut müssen wir die Hälfte der Behandlungskosten bezahlen.

Nur in einem Krankenhaus, das der PLO gehört, werden wir kostenlos versorgt.

Ashwak, du arbeitest in einem Kindergarten hier im Camp: Wie sieht deine Arbeit dort aus?

Alle Kinder in „Sabra und Schatila“ gehen in einen Kindergarten. In unserem Kindergarten betreuen vier SozialarbeiterInnen und drei ErzieherInnen 82 Kinder im Alter von 3 bis 5 Jahren. Speziell kümmern wir uns um die Familien, die ihre Familienväter während der Vertreibung oder bei militärischen Angriffen durch die israelische Armee verloren haben. Ihre Situation ist besonders verheerend. Sie wissen kaum, wie sie die ganze Familie ernähren und ihre Kinder betreuen sollen.

Wir versuchen, die Kinder zu fördern und die Familien zu entlasten. Täglich bekommen die Kinder bei uns ein Glas Milch und eine warme Mahlzeit. Es ist eine Schande, dass sich die libanesische Regierung gar nicht um die Entwicklung und die Zukunft der palästinensischen Kinder kümmert. Geld für unser Projekt erhalten wir ausschließlich von europäischen NGOs. Nach über 50 Jahren sind wir Palästinenser immer noch Flüchtlinge. Unsere Kinder brauchen aber doch eine Zukunft, eine Perspektive zum Leben.

Wie war die Situation hier im Lager „Sabra und Schatila“ während der Angriffe der israelischen Armee?

Während des Krieges haben viele palästinensische Familien das Lager verlassen. Erneut mussten sie vor israelischen Soldaten fliehen. Wir hatten große Angst, dass die israelische Armee das Lager bombardiert. Wie du vielleicht weißt, wurden ja mehrere palästinensische Flüchtlingslager gezielt angegriffen. Bei vielen kamen auch die schrecklichen Erinnerungen von 1982 hoch. Nachdem damals die israelische Armee in den Libanon einmarschiert ist, wurde West-Beirut mit einem wahren Flächenbombardement bedeckt und hier im Lager „Sabra und Schatila“ wurden systematisch unbewaffnete palästinensische Männer, Frauen und Kinder ermordet.

„Die Regierung hat ihre Legitimität verloren“

Die libanesische Regierung steckt in der Krise. Über die Gründe dafür, sowie über die Politik der Hisbollah im Libanon sprachen Sophia Deeg, Regina Sternal und Marco Görlach mit zwei Mitgliedern der Kommunistischen Partei Libanon (KPL)



Nader Faws (rechts im Bild) ist Redakteur der linken Zeitung al-Akhbar. Wissam Matta (links im Bild) arbeitet als Journalist für die linke Zeitung as-Safir. Beide sind Mitglieder der Kommunistischen Partei Libanon (PCL)

Von den westlichen Medien sowie den Politikern bei uns in Deutschland werden die verschiedenen politischen Kräfte im Libanon in zwei Kategorien aufgeteilt: einem „pro-syrischen“, gefährlichen, durch die Hisbollah dominiertem Lager und einem „pro-westlichen“, demokratischen Lager, das die derzeitige libanesische Regierung um Siniora repräsentiert. Was meint ihr zu dieser Aufteilung?

Die Hisbollah hat, seit sie Teil des politischen Systems geworden ist und an Wahlen teilgenommen hat, kein undemokratisches Verhalten an den Tag gelegt. Als Kommunisten sind wir natürlich misstrauisch bezüglich ihrer Zukunftsvision. Die Hisbollah kommt aus der iranischen Schule, und während des Bürgerkriegs strebte sie noch einen schiitischen Gottesstaat an. Das tut sie aber längst nicht mehr, vermutlich, weil der Libanon ein Land ist, in dem keine Konfession mehrheitlich vertreten ist. Dass die Hisbollah an demokratischen Wahlen teilgenommen hat, bedeutet einen großen Schritt in Richtung ihrer Einordnung in dieses System.

Wir haben viel weniger Hemmungen, mit der Hisbollah zu reden als mit dem Regierungslager. Die einzige große Differenz, die wir mit ihr haben, ist die Tatsache, dass sie sich religiös definiert. Doch insofern die Hisbollah eine antiimperialistische Widerstandsbewegung ist, arbeiten wir mit ihr zusammen. Dass die Medien, die ihr zitiert, sie als Terroristen abstempeln, wie sie das auch mit der

palästinensischen Befreiungsbewegung in den 70er Jahren getan haben, ist nicht verwunderlich. Die wahre politische Gefahr befindet sich an der Seite der Siniora-Regierung: Die Hariri-Strömung, die nichts als die Interessen eines reichen Clans vertritt, die totalitären Falangisten oder die Lebanese Forces, die eine Zersplitterung des Libanon in eine religiös bzw. nach Stammeszugehörigkeit definierte Föderation anstreben.

Aktuell hat das internationale Tribunal zur Untersuchung des politischen Mordes am ehemaligen libanesischen Regierungspräsidenten Hariri vom Februar 2005 zu Konflikten innerhalb der verschiedenen Regierungsparteien geführt. Minister der Hisbollah als auch von Amal sind zurückgetreten und haben ihre Mitarbeit eingestellt. Warum sind die libanesischen Oppositionsparteien gegen ein internationales Tribunal in dieser Form?

Dieses internationale Tribunal hat politische Implikationen. In dieser Art und Weise ist es ein Instrument der Kontrolle und zwar in den Händen der Vereinten Nationen UN und der USA. Ein solches Tribunal wird nicht neutral sein, sondern es wird das Ergebnis auf eine bestimmte Weise beeinflussen, und zwar so, dass politischer Druck auf die Hisbollah und allgemein auf den Widerstand gegen das US-amerikanische Projekt im Nahen Osten entsteht. Es ist ein Druckmittel gegenüber Syrien, mit dem die USA – in Sachen Irak - zu einem späteren Zeitpunkt einen Kompromiss anstreben könnte. Wir trauen diesem UN-Tribunal nicht. Wir halten es für einen Versuch, die Untersuchungen zum Fall Hariri zu politisieren.

Zudem stellt das Tribunal die Souveränität des libanesischen Rechtssystems in Frage. Wir als PCL sind natürlich nicht gegen eine ordentliche Aufklärung der politischen Morde, doch das kann und sollte im Rahmen des libanesischen Rechtssystems geschehen, wobei internationale beratende Experten durchaus willkommen wären. Grundsätzlich halten wir jedoch die Diskussionen über das Tribunal für aufgesetzt. Sie lenken ab von dem, was den Menschen tatsächlich auf den Nägeln brennt und wo die Regierung versagt. Das sind z.B. Themen wie die desolote ökonomische Situation, die soziale Unsicherheit und die Not der Familien, die im Krieg alles verloren haben und auf Unterstützung angewiesen sind.

Die gegenwärtige Restregierung ist nach den Rücktritten der Minister der schiitischen Parteien Amal und Hisbollah sowie des christlichen Politiker Aoun äußerst instabil. Wie lange gibt ihr der Regierung noch?

Grundsätzlich hätte die Regierung noch 24 Monate vor sich. Aber nachdem jetzt sechs Minister die Regierung verlassen haben und die Regierung laut Gesetz nach acht Rücktritten regierungsunfähig ist, wackelt sie tatsächlich. Doch jetzt hat sie schon ihre Legitimität vor dem Hintergrund des Konsenses der libanesischen Gesellschaft verloren: Er verlangt eine Repräsentation der verschiedenen konfessionellen Gruppen. Jetzt sind jedoch weder die Schiiten in der Regierung repräsentiert, die immerhin rund 40% der Bevölkerung stellen, noch die Mehrheit der Christen, die hinter Aoun stehen. Deshalb fordern viele den Rücktritt dieser Regierung.

Welches Lager könnte die Menschen mobilisieren?

Das Regierungslager hat letzte Woche eine Neuauflage der sogenannten „Zedern-Revolution“ angestrebt, indem sie die Beerdigung des Hariri-Sohnes politisch nutzte und zur Massenmobilisierung umzufunktionieren suchte. Doch mit nur rund Hunderttausend Teilnehmern war es ein Reinfluss. Die Hisbollah brachte nach Ende des Krieges der israelischen Regierung rund 700 000 Menschen auf die Straße. Hisbollah und die anderen Oppositionskräfte werden sicher bald zu Demonstrationen gegen die Regierung aufrufen, und diese werden sicher noch größer sein. Die PCL wird daran nur teilnehmen, wenn auch die wirtschaftlichen Probleme der Bevölkerung angesprochen werden.

Für wie gefährlich haltet ihr in der gegenwärtigen instabilen Situation die Anwesenheit internationaler Truppen?

Laut Resolution 1701 haben diese Truppen lediglich den Auftrag, den Waffenstillstand zu überwachen. Es geht ausdrücklich nicht um die Entwaffnung der Hisbollah. Dazu haben sich auch etwa die Italiener,

die ein wichtiges Kontingent stellen, ausdrücklich bekannt. Wenn es jedoch zu innerlibanesischen, bewaffneten Auseinandersetzungen kommen sollte, wäre ein Eingreifen der Nato nicht auszuschließen. Weil der Libanon sich im Widerstand einig war, ist es nicht dazu gekommen. Doch die USA und die Regierung versuchen, interne Widersprüche im Land hervorzurufen. Das könnte Siniora in die Lage versetzen, ausländische Hilfe zu erbitten. Wir beobachten ständig, wie die meisten politischen Entscheidungen dieser Regierung quasi von der US-Botschaft gefällt werden.

Wie steht es mit den Bürgerrechten der Palästinenser im Libanon?

Um die Rechte der palästinensischen Flüchtlinge im Libanon ist es sehr schlecht bestellt. Sie werden durch eine allgemein rassistische Politik der Regierung schwer diskriminiert, wie übrigens auch die Arbeitsmigranten aus Syrien. Zwischen 15 und 20 von ihnen fielen nach dem Mord an Rafik Hariri der rassistischen Hetze zum Opfer. Von diesen Verbrechen spricht niemand. Das hat viel mit einer im Libanon gängigen Politik des Kommunitarismus zu tun, der politischen Ausrichtung an den Interessen der unterschiedlichen Communities. Da wird alles, was „fremd“ ist, durch Diskriminierung möglichst rausgehalten.

Das gilt natürlich nicht für privilegierte Ausländer. Jemand aus Qatar beispielsweise kann hier Grund und Boden erwerben, ein Geschäft aufmachen etc., nicht jedoch ein Palästinenser, der hier immer schon lebt. Er darf auch nicht an den Wahlen teilnehmen. Die Regierung fürchtet, wenn sie ihnen Rechte zugesteht, bleiben sie im Land. In letzter Zeit gab es eine kleine Verbesserung, indem den palästinensischen Flüchtlingen ein paar wenige Jobs - außer den bisherigen minderqualifizierten Arbeiten - zugänglich gemacht wurden. Doch nach wie vor ist es so, dass die Palästinenser zwar studieren dürfen, ihnen aber die meisten qualifizierten Berufe verschlossen bleiben.

Palästinenser dürfen nicht einmal in die libanesischen Gewerkschaften eintreten. Die ursprünglich von den Kommunisten geführten Gewerkschaften aus der Zeit vor und im Bürgerkrieg wurden durch die neoliberale Regierung unter Rafik Hariri zerschlagen. Die damaligen pro-syrischen Arbeitsminister sorgten in Kollaboration mit dem syrischen Regime dafür, dass alles, was in der Bevölkerung verankert war und sich an ihren Interessen orientierte, zerstört wurde. Heute sind die Gewerkschaften von der Regierung kontrolliert.

Wir sind keine Terroristen

Ibrahim Mousawi ist Chefredakteur von al-Intiqad, einer Wochenzeitung der Hisbollah im Libanon. Irmgard Wurdack sprach mit ihm über den Widerstand der Hisbollah und der libanesischen Bevölkerung gegen die israelische Armee



Warum hat die Hisbollah im Libanon mit einer eigenen Miliz gegen Israel gekämpft?

Die israelische Armee hat gezielt Zivilisten ermordet, darunter viele Kinder. Sie hat Wohnviertel, Brücken, Schulen, Krankenhäuser, Fabriken und Elektrizitätswerke bombardiert, unser Land, unser Wasser und unsere Äcker besetzt. Die libanesischen Armee hat nichts unternommen. Unsere Regierung rüstet die Armee nicht einmal mit ausreichend Waffen aus, damit sie das Land gegen einen israelischen Einmarsch verteidigen könnte. Deshalb haben wir unser Land, unser Wasser und unsere Familien selbst verteidigt.

Die libanesischen Regierung gehorcht den USA, die hinter dem Regime in Israel stehen. Der Krieg Israels gegen

Libanon war Teil der neuen Kriege im Nahen Osten. Die Waffen der israelischen Armee kommen aus den gleichen Staaten, die auch Afghanistan und den Irak besetzen.

Niemand würde widerstandslos eine Besatzung hinnehmen – nirgendwo auf der Welt. Denn niemand lässt sich freiwillig alles wegnehmen, wofür er und seine Familie ein Leben lang gearbeitet haben. Niemand lässt sich freiwillig erniedrigen und demütigen. Die Menschen hier wie überall auf der Welt glauben an Selbstbestimmung. Wir lieben unser Leben. Wir wollen in Freiheit, Würde und Unabhängigkeit leben. Darum haben wir gekämpft. Und wir waren nicht allein. Die ganze Bevölkerung hat den Widerstand unterstützt und sich gegen den Einmarsch verteidigt.

Aber die Hisbollah hat nicht nur die israelische Armee und militärische Ziele in Israel bekämpft. Bei Raketenangriffen auf Israel wurden auch unschuldige Zivilisten getötet.

Die Kämpfer der Hisbollah haben – anders als die israelische Armee – keine High Tech-Waffen aus den USA, Großbritannien, Deutschland und Frankreich.

Wir haben nicht einmal Panzer, geschweige denn Flugzeuge. Unsere Katjuscha-Raketen haben nur eine sehr geringe Treffergenauigkeit.

Es war die israelische Armee, die mit Hochpräzisionswaffen gezielt und immer wieder Wohnviertel bombardiert und so 1200 Menschen ermordet hat. Israelis wurden nur wenige getötet. Trotzdem hat Hisbollah mehr israelische Soldaten getötet als die israelische Armee Hisbollah-Kämpfer.

Es war die israelische Armee, die einen entsetzlichen Krieg gegen Zivilisten führte. In letzten 72 Stunden des Krieges hat sie ihn dadurch brutalisiert, dass sie 1,1 Million Streubomben abgeworfen hat. Libanon ist klein und dicht besiedelt. Hier leben 4 Millionen Menschen auf rund 10.000 Quadratkilometern. Das heißt, Israel hat pro Einwohner 1.100 Bomben abgeworfen!

Noch einmal: Wir haben uns verteidigt gegen einen Angriffskrieg.

Sie haben gesagt, die ganze Bevölkerung habe den Widerstand unterstützt. Wie sah das aus?

87 Prozent der libanesischen Bevölkerung finden laut Umfragen den Widerstand gegen die israelische Armee angemessen und erkennen uns als vertrauenswürdige Organisation an. 70 Prozent der Christen im Libanon standen auf der Seite des Widerstands und der Hisbollah. So hat auch die „Freie Patriotische Bewegung“ (FPM) des christlichen Generals Michel Aoun uns im Widerstand politisch und mit medizinischer Versorgung unterstützt.

Die FPM lässt sich – anders als die übrigen führenden politischen Parteien – nicht korrumpieren von den USA und Israel. Sie tritt wie wir für einen unabhängigen Libanon, sowie für die Abschaffung des konfessionellen Systems, der Korruption und der politischen Willkürherrschaft im Libanon ein.

Die Mehrheit der Menschen im Libanon hat uns im Widerstand unterstützt, weil sie wissen, dass wir auf ihrer Seite stehen. Wir sind ja nicht nur eine Befreiungsbewegung, sondern auch eine politische Partei. Der Staat kümmert sich nicht um die Bedürfnisse der Mehrheit der Menschen. Die Regierung lässt die Armen im Stich. Deshalb haben wir selbst ein umfassendes soziales Netz aufgebaut: Schulen, Krankenhäuser, Sporteinrichtungen, Fernsehen, Radio, Hilfe für die Bauern, und anderes aufgebaut.

Wir stehen jetzt vor dem Problem, dass einige Kräfte versuchen, den Widerstand politisch zu spalten. Sie behaupten, dass Hisbollah aus der massiven Unterstützung der Bevölkerung innenpolitisch Profit für sektiererische Ziele schlagen wollte.

Das ist eine Verleumdung. Eine der größten Errungenschaften des Widerstands war gerade, dass wir es geschafft haben, die künstlichen Spaltungen zwischen verschiedenen Religionsgruppen zu überwinden. Wir treten für grundlegende politische, ökonomische und soziale Reformen ein. Diese Forderungen teilen auch die FPM und die Kommunistische Partei, sowie andere Oppositionsparteien, mit denen wir zusammenarbeiten.

Sie sagen, die Hisbollah sei gegen das konfessionelle System. Die Hisbollah ist aber doch eine schiitische Partei und definiert sich selbst über ihre Zugehörigkeit zu einer Religionsgemeinschaft. Wie passt das zusammen?

Es stimmt, dass die Mitglieder von Hisbollah aufrichtige Schiiten sind. Die Hisbollah ist aber keine schiitische Partei. Unsere Politik richtet sich nicht gegen Andersgläubige. Die Schia ist Teil des Islams.

Bush, Blair & Co haben mit ihrem Gerede von einer angeblichen Bedrohung durch den Islam oder gar einen Islamofaschismus viel Angst und Unsicherheit geschürt. Bitte vergessen Sie deren Blablabla und hören mir einen Moment zu.

Der Islam legitimiert weder einen Bin Laden noch die Taliban. Der Koran verbietet, dass ein Muslim anderen Menschen seinen Glauben aufzwingt oder ein Volk besetzt und unterdrückt wie das die US-Armee im Irak oder die israelische Armee in Palästina tut.

Der Islam ist eine Religion und erkennt das Christentum und den Judentum als gleichberechtigte Religionen an. Das sage ich nicht, weil ich Ihnen schmeicheln will. Sie können selbst im Koran nachlesen, dass Jesus und Moses beide auch unsere Propheten sind.

Ich war 1997 in Deutschland, lange vor den aktuellen Ereignissen. Schon damals habe ich in Stuttgart und Frankfurt gelehrt, dass wir Muslime nicht vergessen haben, dass sich unsere Religion aus dem Judentum und dem Christentum entwickelt hat – ebenso wenig wie irgendein anderer Mensch je vergessen kann, was er im Kindergarten, in der Grundschule, im Gymnasium gelernt hat.

Der Islam hat mit beiden Religionen vieles gemeinsam. Er schreibt uns vor, dass wir *alle* Menschen gut behandeln. Er verbietet uns Feindseligkeiten gegenüber Juden und Christen, ebenso wie gegenüber Menschen, die einer anderen oder gar keiner Religion angehören. Denn *alle* Menschen sind Gottes Kinder, die nach Erlösung suchen und Frieden wollen.

Wir haben nichts gegen die US-amerikanische Bevölkerung, aber gegen den Feldzug der US-Regierung im Nahen Osten. Die meisten meiner Freunde sind US-Amerikaner. Das Problem sind die Regierungen.

Sie behaupten, wir würden Juden hassen und sie ins Meer treiben wollen. Sie lügen! Viele meiner Freunde sind jüdischen Glaubens. Stanley Cohen etwa, der als Rechtsanwalt in New York arbeitet. Und ich, ein Hisbollah-Mitglied war es, der das erste Mal nach 25 Jahren Menschen jüdischen Glaubens nach Libanon eingeladen hat, um hier zu sprechen – und sie wurden herzlich willkommen geheißen.

Bush, Blair & Co verleumdete uns als fanatische Kriegstreiber. Dabei haben sie selbst die Massenvernichtungswaffen und dazu noch die Fernsender und Zeitungen als Massentäuschungswaffen zur Gehirnwäsche ihrer Soldaten und der Bevölkerung in ihren Ländern.

Erinnern Sie sich an die Vorbereitung des Krieges gegen den Irak: Angeblich waren die Flugzeugführer vom 11. September 2001 Iraker. Keiner von ihnen kam aus dem Irak. Sie waren

Saudis. Doch Saudi-Arabien stand nicht auf der Abschussliste der US-Regierung, sondern der Irak. Deshalb haben sie verbreitet, dass die Attentäter Iraker waren.

Und wenn sie jetzt mit all ihren Mitteln verbreiten, die Mitglieder der Hisbollah wären Judenhasser und Kriegsfanatiker, so ist und bleibt es doch eine Lüge. Hisbollah hat gegen keinen Menschen etwas, egal welche Hautfarbe er hat, egal welcher Religion oder Gruppierung er angehört.

Gilt das auch für in Israel lebenden die Juden?

Natürlich. Ich bin überzeugt, dass ein friedliches Zusammenleben von Juden, Christen und Muslimen möglich ist. Die Voraussetzung dafür ist aber, dass der israelische Staat seine Angriffe auf die muslimischen und christlichen Palästinenser stoppt, die Besatzung und Unterdrückung der Palästinenser beendet und die palästinensischen Flüchtlinge in ihre Heimat zurückkehren lässt.

Israel behauptet von sich, der einzige demokratische Staat im Nahen Osten zu sein. Doch wie kann das sein, wenn er gleichzeitig verhindert, dass die Menschen in Israel und Palästina demokratisch selbst entscheiden, wie sie zusammenleben wollen?

400.000 Palästinenser leben als Flüchtlinge im Libanon. Sie tragen alle noch immer die Schlüssel ihrer Häuser bei sich, aus denen die israelische Armee sie einst vertrieben hat. Sie haben nach dem Völkerrecht Anspruch auf Rückkehr. Doch die israelische Regierung verweigert es ihnen, während sie Juden aus aller Welt erlaubt, sich in Palästina anzusiedeln und noch mehr Palästinenser zu vertreiben.

Wie sind die Beziehungen der Hisbollah zu den im Libanon lebenden Palästinensern?

Die palästinensischen Flüchtlinge hier leben in entsetzlichen, menschenunwürdigen Umständen. Es ist eine Schande für uns alle hier im Libanon, wie die Regierung sie behandelt. Sie bestraft die Palästinenser dafür, dass sie fliehen mussten. Sie verhindert, dass sie sich in die libanesische Gesellschaft eingliedern können und tut alles, um sie los zu werden. Seit Jahrzehnten pfercht die Regierung sie in Lagern zusammen und zieht Mauern drum herum. Sie verbietet ihnen, hier Eigentum zu erwerben und sie erlaubt ihnen nur, in wenigen Niedriglohn-Berufen zu arbeiten.

Hisbollah hat viel getan, um ihre Situation zu verbessern. Wir haben die Regierung unter Druck gesetzt. Wir haben uns an der Regierung beteiligt und den Arbeitsminister gestellt. Er hat als allererstes durchgesetzt, dass die Flüchtlinge unter anderem Zugang zu über 50 weiteren Berufen bekamen, die ihnen zuvor verboten waren.

Mehr ist über eine Regierungsbeteiligung in diesem konfessionellen Systems nicht möglich, weil wir immer in der Minderheit sind. Denn egal wie viele Libanesen unsere politischen Forderungen teilen, in diesem System dürfen uns nur Schiiten wählen.

Dieses System war ein Kompromiss nach dem Bürgerkrieg. Warum wollen Sie das denn ändern?

Weil es der Regierung ermöglicht, die Arbeiter und Armen zu unterdrücken, indem es künstliche Spaltungen entlang religiöser und ethnischer Grenzen immer wieder reproduziert. Wenn Sie hier durch die Straßen gehen, sehen Sie überwältigenden Reichtum auf der einen Seite und nur eine Straße weiter so unvorstellbare Armut, dass Sie glauben, in den Elendsvierteln von Kalkutta oder Bombay zu sein.

Die Regierung investiert nur in den reichen Vierteln und überlässt die Armen ihrem Elend. Besonders betroffen sind davon die Palästinenser und die Schiiten, die sie zudem immer wieder zu Sündenböcken erklärt. Deshalb haben die Menschen jetzt angefangen, sich gegen die jahrzehntelange Unterdrückung durch das libanesische Staatssystem zu wehren.

Die Regierung weigert sich, den Palästinensern ein menschenwürdiges Leben zu ermöglichen. Schon in der Kolonialzeit wurden die Siedlungsgebiete der schiitischen Bevölkerung besonders arm gehalten. Auch die Regierung heute weigert sich, den Süden und die Elendsviertel in Südbeirut zu entwickeln, weil dort vor allem Schiiten und Flüchtlinge aus Palästina leben. Und wenn die Regierungen Kürzungen durchsetzt, die auch die armen Christen, Drusen und Sunniten treffen, behauptet sie, dass wir Schiiten oder die Palästinenser daran schuld wären. Hinzu kommt, dass wir immer die ersten sind, die bei einem

israelischen Angriff überrollt, getötet oder vertrieben werden.

Während des Krieges hat die Regierung sich nicht einmal darum gekümmert, dass die Flüchtlinge aus den Dörfern im Süden ein Dach über dem Kopf bekamen. Wofür ist eine Regierung gut, wenn sie die Bevölkerung sogar bei einem militärischen Angriff im Stich lässt?

Die Menschen hatten nur eine Wahl: Sich töten zu lassen oder sich dem Widerstand gegen die israelische Armee anzuschließen und ihre Familien, Häuser, ihre Obstgärten, ihr wenig Hab und Gut selbst zu verteidigen.

Die Bevölkerung hat über religiöse und ethnische Grenzen hinweg gemeinsam Widerstand gegen Israels Krieg geleistet. Wir wollen verhindern, dass die Regierung das Rad wieder zurückdreht und auch die nächsten Generationen unter diesem System leiden. Wir brauchen eine Regierung, die sich für die Bedürfnisse der Armen und nicht für die Profite einer winzigen Elite einsetzt.

Was können wir tun, um die Menschen im Libanon zu unterstützen?

Die Bevölkerung aufklären. Die Herrschenden verbreiten Lügen, weil sie verhindern wollen, dass ihr euch mit dem Widerstand in den arabischen Ländern solidarisiert. Deshalb schüren sie Angst vor dem Islam und vor dem Widerstand.

Nutzt die Medien, die euch zuhören und organisiert Veranstaltungen. Helft, die Wahrheit zu verbreiten über die unmenschliche Politik der israelischen Regierung und ihrer Verbündeten, über den Widerstand und die Politik der Hisbollah.

Letzte Woche hat mich ein Antikriegsbündnis im irischen Derry eingeladen, bei einer Veranstaltungsreihe durch mehrere Städte über den Widerstand zu berichten. Presse und Politik haben die Aktivisten attackiert, weil sie mich, einen angeblichen „Fundamentalisten“, „Kriegstreiber“ und „Antisemiten“ eingeladen hatten. Aber die Veranstaltungen waren ein Erfolg. Hunderte Kriegsgegner sind gekommen, weil sie dieser Hetze nicht geglaubt haben oder zumindest Zweifel hatten. Unter ihnen waren Alte und Junge, Schwarze und Weiße, Muslime, Christen und Atheisten, die sich selbst ein Bild machen wollten.

Wenn ich morgen eine Einladung aus Deutschland bekäme, würde ich sofort kommen. Wir sollten eine gemeinsame Bewegung von unten aufbauen – unabhängig von Alter, Herkunft, Hautfarbe, Religion oder Gruppe. Wir haben sehr viel mehr gemeinsam als uns trennt.

Wir sollten nicht zulassen, dass korrupte Politiker und Diplomaten uns für ihre Ziele spalten. Dadurch würden wir nur alle verlieren.

Sie behaupten, sie würden Frieden und Demokratie verbreiten. Sie lügen!

Schauen Sie sich an, was sie tatsächlich erreicht haben: Mehr Kriege, mehr Tote, mehr Unterdrückung und Angst überall auf der Welt.

Wir sollten die künstlichen Gräben zwischen uns überwinden, miteinander sprechen und gemeinsam aktiv werden für eine bessere Welt. Für eine Diplomatie von unten, ein Parlament von unten und eine Regierung von unten, die das Volk vertreten, und sich nicht nur einmal alle paar Jahre wählen lassen und danach machen, was sie wollen.

Ihre Kanzlerin zum Beispiel. Entlarven sie Merkel als Lügnerin. Sie behauptet, wir wären Terroristen. Sie lügt! Merkel behauptet, dass die deutschen Soldaten in der UN-Truppe UNIFIL wegen des Holocaust Israel verteidigen müssten. Sie lügt! Es geht nicht um die Juden, die im Holocaust ermordet wurden. Israel ist einzige militärische Supermacht mit mindestens 200 Atomsprenköpfen im Nahen Osten. Israelische Politiker und Generäle drohen seit dem Waffenstillstand mit neuen Angriffen. Und die israelische Armee durchbricht trotz des Waffenstillstands fast täglich mit ihren Kampfflugzeugen den libanesischen Luftraum.

Wer ist Merkel, dass sie unwidersprochen die Opfer der israelischen und US-amerikanischen Aggressionspolitik verhöhnt? Wir sind die Opfer. Wir sind im Visier der israelischen Armee, nicht umgekehrt.

Niemand darf die Verbrechen des Holocaust und der Nazis an den europäischen Juden je vergessen.

Doch wir dürfen auch nicht zulassen, dass israelische, europäische und US-Politiker die damals ermordeten Juden als Vorwand für neue Kriege, Unterdrückung und Besatzung missbrauchen.

Merkel hat gesagt, dass wir niemals die Handy-Kurzmitteilungen und Anrufbeantworter-Nachrichten vergessen dürften, die die Opfer des Anschlags vom 11. September 2001 an ihre Angehörigen geschickt haben. Sie hat Recht. Wir dürfen das nicht vergessen. Aber was hat das mit dem Angriff Israels auf den Libanon zu tun? Sind die irakischen und libanesischen Frauen, deren Angehörige heute getötet werden und die gar keine Handys oder Anrufbeantworter besitzen, weniger wert? Müssen für sie nicht dieselben Menschenrechte gelten? Auch wir sind schließlich Menschen und nicht nur Zahlen.

Wir sind keine Terroristen

Ibrahim Mousawi ist Chefredakteur von al-Intiqad, einer Wochenzeitung der Hisbollah im Libanon. Sophia Deeg, Regina Sternal und Marco Görlach sprachen mit ihm über die Vorwürfe der libanesischen Regierung, die Hisbollah sei „pro-syrisch“ und spalte die libanesische Bevölkerung



Sechs Minister der Hisbollah sind nach dem Krieg zurückgetreten. Aus welchem Grund haben sie die Mitarbeit in der Regierung eingestellt?

Nicht nur die Hisbollah-Minister, sondern auch andere sind zurückgetreten. Das hatte nichts mit dem Krieg zu tun, sondern mit der Art, wie die Regierungsmehrheit schwerwiegende Entscheidungen traf, die das Schicksal Libanons bis weit in die Zukunft beeinflussen würden. Solche Entscheidungen sind laut Verfassung nur auf Grund eines gründlichen Konsultationsprozesses zu fällen.

Die Regierungsmehrheit war nicht bereit, sich an das demokratische Verfahren zu halten. Das betraf z.B. das internationale Tribunal (zur Aufklärung des Hariri-Mordes). Sowohl Hisbollah als auch Amal und die anderen Oppositionskräfte befürworteten ein

solches Tribunal. Es war keineswegs umstritten, wir haben lediglich darauf gedrängt, dass es gründlicher vorbereitet wird. Da aber das verfassungsgemäße Verfahren regelmäßig unterlaufen wurde, fühlten wir uns zunehmend missbraucht und in den Entscheidungsfindungsprozessen übergangen.

Welche Motive vermuten Sie hinter dieser Politik der Regierungsmehrheit?

Ich vermute, dass es dafür Gründe auf zwei Ebenen gibt. Zum einen dürfte sich die Regierungsmehrheit an gewisse Vorgaben gebunden fühlen, die ihr die Amerikaner oder allgemein ausländische Mächte machen. Zum anderen geht es ihr darum, Entscheidungen durchzudrücken, von denen sie annimmt, dass die Oppositionskräfte sie nicht akzeptieren würden. Dieses undemokratische Vorgehen hat bei vielen innerhalb von Hisbollah und Amal Misstrauen geweckt, die wissen, dass Hisbollah beispielsweise das internationale Tribunal befürwortet, während die Regierung vorgibt, sie müsse es gegen Hisbollah durchsetzen.

Man fragt sich, was steckt dahinter, besonders, da bekanntlich der amerikanische Botschafter tagtäglich in die libanesischen Regierungsgeschäfte eingreift. Man kann hierzulande förmlich beobachten, wie die Regierung nach Rücksprache mit der US-Botschaft ihren Kurs abrupt ändert. Viele im Land sind daher überzeugt, dass die USA massiv in die Entscheidungsprozesse eingreifen, um jeglichen nationalen Konsens in wesentlichen Fragen zu verhindern.

In den westlichen Medien wird von einer tiefen Spaltung zwischen den beiden Hauptlagern im Libanon gesprochen. Dabei handelt es sich angeblich auf der einen Seite um das „pro-westliche,

anti-syrische“ Regierungslager, auf der anderen um das schiitische Lager, das von Iran und Syrien abhängt ...

Die gegenwärtige Regierung kam als Koalition aus folgenden Kräften zustande: Hezbollah und die Amal-Bewegung auf der einen Seite, die Progressive Socialist Party von Walid Jumblatt, Saad Hariris Zukunfts-Partei und die Libanese Forces von Samir Geagea auf der anderen. Hezbollah unterstützte diese Kräfte parlamentarisch auf der Grundlage eines bestimmten Programms.

Die Vereinbarung hält fest, dass der Widerstand gegen die israelische Besatzung nach wie vor berechtigt ist. Nachdem aber die andere Seite mit 12 Sitzen die parlamentarische Mehrheit von Hezbollah zugestanden bekommen hatte, fing sie damit an, Entscheidungsprozesse, wie beschrieben, zu manipulieren. Diese Koalition hat ihre Grundlage verloren, deshalb haben Hezbollah und Amal sie verlassen.

Wenn man von diesen Kräften als „pro-syrisch“ spricht, wie es die westlichen Medien tun, dann muss man sich fragen, was das heißt. Was ist, in diesen Kategorien gedacht, die Regierungsmehrheit? - Sie macht keinen Hehl daraus, pro-amerikanisch zu sein. Während des Krieges haben Hezbollah, Amal und die gesamte Opposition, die den Widerstand unterstützt, eine bittere Erfahrung gemacht: Die Regierung und die sie unterstützenden Parteien waren Teil der Konspiration gegen den Libanon.

Sie gaben sich sogar dafür her, der Premierminister selber gab sich dafür her, die Bedrohung gegen Hezbollah und den Widerstand zu richten. Er machte sich zum Sprachrohr der USA, die mit allem möglichen drohten für den Fall, dass wir weiterhin Widerstand leisteten. Das ist wahrlich nicht die Rolle, die ein Premierminister spielen sollte, dessen Aufgabe es ist, sein Volk zu verteidigen und den Widerstand zu unterstützen, wie im Regierungsprogramm festgeschrieben.

Statt dessen schlug er sich auf die Seite einer „Internationalen Gemeinschaft“, der wir nicht trauen. Er hoffte wie sie darauf, dass Hezbollah und der Widerstand in wenigen Tagen geschlagen sein würde. Doch es kam anders.

Es ist also eine Frage, ob man sich auf die Seite der US-Politik in der Region schlägt oder eindeutig dagegen?

Richtig. Das ist die eine Dimension. Was heißt das, Hezbollah sei „pro-iranisch“ oder „pro-syrisch“? Ich möchte einen einzigen Beweis sehen dafür, dass Hezbollah etwas für den Iran oder Syrien getan hätte. Es mag schon sein, dass die Syrer oder die Iraner und viele andere von unserem Sieg politisch profitieren.

Oder, wenn es uns gelungen ist, israelische Merkava-Panzer zu zerstören, dann könnte das die Russen freuen; denn die in Russland gefertigten Panzerabwehrwaffen haben dazu beigetragen. Arbeiten wir deshalb für die Russen? Die gegenwärtige Regierung dagegen lässt sich täglich vom US-Botschafter ihre Agenda diktieren.

Was hat es mit dem „Nationalen Dialog“ auf sich, von dem hier häufig die Rede ist?

Im Jahr 1989 endete der Bürgerkrieg mit dem Taef-Abkommen – benannt nach der saudi-arabischen Stadt Taef -, ein Abkommen, das mit Hilfe der USA, der Saudis und auch der Syrer zustande kam. Es sah die Entwaffnung aller bewaffneter Gruppen im Libanon vor – mit Ausnahme des Widerstands, und da Hezbollah eine Widerstandskraft ist, behielt sie ihre Waffen, um weiterhin die Israelis im Südlibanon zu bekämpfen. Seit sich die Israelis im Jahr 2000 aus dem Libanon zurückziehen mussten – eine schwere Niederlage für die israelische Armee –, haben sie das Bedürfnis, sich an Hezbollah zu rächen. Sie versuchen auf vielfältige Weise zurückzuschlagen. Sie halten nach wie vor die Shebaa-Farmen besetzt, und viele Libanesen sind der Meinung, dass der bewaffnete Kampf weitergehen muss, solange dieses Gebiet nicht befreit ist.

Das schlug sich auch immer in den Regierungsprogrammen nieder, selbst zu Zeiten vor einer Regierungsbeteiligung der Hezbollah. Doch zugleich nahmen Forderungen nach einer Entwaffnung der Hezbollah zu. Darauf wandten wir ein, dass wir unsere Waffen nie in internen Auseinandersetzungen eingesetzt haben und es auch nie tun werden, dass es nicht die Waffen der Schiiten sind, sondern die

Waffen Libanons und des notwendigen Widerstandes gegen die israelische Besatzung, gegen die Feinde Libanons. Die Kritiker einer bewaffneten Hisbollah forderten wir auf, am bewaffneten Widerstand teilzunehmen. Es ist das Recht und die Pflicht jedes Libanonesen, den Libanon zu verteidigen. Sie nahmen dieses Recht nicht wahr und warfen uns vor, dass wir es taten.

Wir zahlen den Preis, unsere Kinder werden zu Waisen, unsere Frauen zu Witwen. Als Libanonesen, sagten wir ihnen, solltet auch ihr kämpfen. Dazu waren sie natürlich nicht bereit. Doch tatsächlich müssen wir solange für den bewaffneten Kampf bereit sein, wie wir durch Israel bedroht sind. Die Waffen sind für uns kein Selbstzweck, sondern ein Mittel zum Zweck. Wir setzen sie ein, um die Souveränität und den Schutz Libanons sicherzustellen. Falls dies mit anderen Mitteln zu gewährleisten ist, sind wir bereit, unsere Waffen abzugeben.

Diese Debatte wurde im Rahmen des „Nationalen Dialogs“ geführt und das andere Regierungslager musste zugeben, dass Hisbollah Recht habe. Doch das waren nur Lippenbekenntnisse. Andere Themen, die im Rahmen des „Nationalen Dialogs“ zwischen den verschiedenen politischen Kräften diskutiert wurden, waren beispielsweise die Frage einer Regierung der Nationalen Einheit, das nach Konfessionen organisierte politische System im Libanon, das internationale Tribunal etc.

Man hört oft Befürchtungen, dass die Spaltungen der libanesischen Gesellschaft entlang konfessionellen Linien sich vertiefen ...

Nein, das trifft ganz und gar nicht zu. Es geht um rein politische Auseinandersetzungen und Gegensätze. So sind 70 Prozent der Christen, die durch das Free Patriotic Movement von Michel Aoun repräsentiert werden, Alliierte von Hisbollah, und andererseits sind auch zahlreiche Muslime auf der Seite von Aoun, sowie Christen bei uns. Es geht um eine politische Auseinandersetzung zwischen denen, die sich auf die Seite des US-amerikanischen Projekts schlagen und denen, die sich für einen souveränen Libanon einsetzen.

Inwieweit arbeiten Sie mit der Kommunistischen Partei (KPL) und der Linken zusammen?

Die KPL vertritt am besten die nationalen Anliegen Libanons. Die Kommunisten lehnen die gegenwärtige Regierung ab, weil diese keine Legitimität mehr besitzt, nachdem sie eine Repräsentation wichtiger Kräfte der libanesischen Gesellschaft vereitelt, wie z.B. der 70 Prozent der libanesischen Christen, die hinter General Aoun und auf Seiten der Hisbollah stehen. Außerdem unterstützen 90 Prozent der Schiiten, 30 Prozent der Sunniten und 25 Prozent der Drusen die Hisbollah.

Sie sehen, diese Kräfte und nicht die Regierenden repräsentieren die Mehrheit der libanesischen Bevölkerung. Wenn man diesen Leuten vorschlägt, wie wir es getan haben, vorzeitige Wahlen durchzuführen, weigern sie sich. Die westlichen Medien behaupten, Hisbollah wolle die demokratisch gewählte Regierung stürzen. Tatsächlich aber setzt Hisbollah ausschließlich demokratische und friedliche Methoden ein, um gegen die Regierung zu opponieren.

Hisbollah wird nicht mit gewaltsamen Mitteln vorgehen oder anderen ihren Standpunkt aufzwingen. Ihre Anhänger werden demonstrieren, ihre Minister sind zurückgetreten. Sind das nicht demokratische Methoden? Aber genau diese Methoden sind nicht erwünscht, Hisbollah soll keine Rolle im Rahmen demokratischer Auseinandersetzungen haben.

Wir haben in diesen Tagen die unglaubliche Verwüstung der südlichen Stadtteile Beiruts gesehen und fragen uns, wer den Menschen hilft, die durch den Krieg alles verloren haben?

Das ist ein bitteres Thema. Ich kann Ihnen eine Geschichte erzählen, die mir persönlich zugetragen wurde. Ein ägyptischer Geschäftsmann, ein säkular eingestellter Mensch, wollte 28 Container mit verschiedenen Hilfsgütern, z.B. Generatoren, Medikamenten etc. spenden. In Jordanien wurde seine Mission behindert, durch Syrien konnte er ungehindert passieren. Als er an der hiesigen Grenze ankam, verlangte unsere Regierung, er müsse für die Einfuhr jedes Containers 18.000 US-Dollar zahlen. Er begriff nicht, warum er für seine Hilfeleistung an die libanesischen Bevölkerung die Regierung bezahlen sollte, und man erklärte ihm, sie lehne eine Hilfe ab, die an Schiiten gehe, weil die bewaffnet seien. Erst müssten sie ihre Waffen niederlegen. Schließlich wurde seine Hilfe unter der Bedingung akzeptiert, dass

er die Hälfte der Hilfsgüter an die Regierung abtrete. Nach Rücksprache mit dem Großscheich der Azhar-Universität in Kairo lehnte er das unmoralische Angebot ab.

Dieses Beispiel zeigt wie viele andere, dass die Politik der Regierung darauf hinausläuft, die schiitische Bevölkerung für den Sieg der Hisbollah über Israel zu bestrafen. Die Regierung hat sich nicht um die Aufräumarbeiten in den zerstörten Vierteln gekümmert und überhaupt jede Hilfe für die Betroffenen behindert, um zwischen dem Widerstand und die Bevölkerung, die so hart betroffen war, einen Keil zu treiben. Das ist gescheitert; denn der Widerstand hat in kürzester Zeit die Aufräumarbeiten in die Hand genommen und begonnen, Kompensationen an die Betroffenen auszuzahlen.

Derzeit wird ein umfassender Kompensations-Plan umgesetzt. Wir warten nicht auf die Regierung, die sich Wochen Zeit ließ, ehe sie überhaupt anfang von Entschädigungen zu sprechen. Das ist eine der bitteren Erfahrungen, auf Grund derer die Menschen sich von der Regierung distanzieren und jegliches Vertrauen verloren haben.

Was hat Hisbollah jetzt vor, um diese Unzufriedenheit zu artikulieren und um den Unzufriedenen die Möglichkeit zu geben, ihre Rechte einzufordern?

Große Teile der Bevölkerung warten nur auf ein Zeichen von Hisbollah, bedrängen Hisbollah geradezu, Demonstrationen zu organisieren und diese Regierung zu stürzen. Hisbollah gibt dieses Zeichen nicht leichtfertig, sondern signalisiert der Bevölkerung, dass Schritt für Schritt die verfassungsmäßigen Prozeduren durchlaufen werden müssen, um das Land nicht zu destabilisieren.

Hisbollah wird nichts unternehmen, was die ökonomische Krise, unter der Libanon sowieso leidet, noch vertiefen würde. Ich denke, Hisbollah verhält sich sehr konstruktiv, indem es den Wiederaufbau in einer Weise organisiert, dass die Menschen wissen, wer für was verantwortlich ist in ihrem Viertel. Auf politischer Ebene stimmt sich Hisbollah mit den anderen oppositionellen Gruppen ab, mit denen gemeinsam die Proteste auf die Straße getragen werden sollen.

Möchten Sie uns noch etwas für die Menschen in Deutschland mitgeben?

Seit 1948 sind wir immer wieder Opfer der israelischen Aggression gewesen. Unser Blut ist durch israelische Massaker vergossen worden, unsere Souveränität wurde verletzt, die Regierung wurde in den 70ern daran gehindert, einen Damm im Litani-Fluss zu bauen, die zivile Flugzeugflotte wurde 1968 bombardiert - das alles geschah in Zeiten, als es keinen libanesischen oder palästinensischen Widerstand gab. Wir haben allen Grund, Israel für feindlich gesonnen zu erachten.

Hinzu kommt, dass Israel das einzige Land der Welt ohne festgelegte Grenzen ist – gegen diese Zustände müssen sich die Menschen an der Basis organisieren. Wir haben den Politikern und den Diplomaten lange genug zugesehen. Sie haben die Probleme der Welt nicht gelöst, sie haben nur ihre Unfähigkeit unter Beweis gestellt, die Tony Blairs und George W. Bushs in ihrer Idiotie.

Wir müssen zur Grassroots-Diplomatie übergehen, zur Diplomatie von unten. Die Menschen müssen auf die Straße gehen, Druck ausüben. Ihre Rolle z.B. ist es, falls die deutschen Truppen hier sind, um die israelische Aggression zu unterstützen, Druck auf Ihre Parlamentarier zu machen, dass sie eine solche Politik nicht mittragen.